



Offenlegungsbericht für das Geschäftsjahr 2017 nach

Teil 8 Offenlegung durch Institute der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013
(VO (EU) Nr. 575/2013)

Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Risikomanagementziele und -politik (Art. 435 (EU) VO 575/2013)	4
2.1. Risikomanagement.....	4
2.2. Erklärung der Geschäftsführung (konzise Risikoerklärung).....	9
2.3. Unternehmensführungsregelungen.....	10
3. Grundlegende Informationen nach Art. 436 (EU) VO 575/2013	11
4. Eigenmittel (Artikel 437 (EU) VO 575/2013).....	11
5. Eigenmittelanforderung (Art. 438 (EU) VO 575/2013)	12
5.1. Angemessenheit des internen Kapitals zur Unterlegung von Risiken.....	12
5.2. Quantitative Angaben zu Eigenmittelanforderungen	13
6. Gegenparteausfallrisiko (Art. 439 (EU) VO 575/2013).....	14
7. Kapitalpuffer (Art. 440 (EU) VO 575/2013).....	14
8. Indikatoren der globalen Systemrelevanz (Art. 441 (EU) VO 575/2013).....	14
9. Kreditrisikoanpassungen (Art. 442 (EU) VO 575/2013).....	14
10. Unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 (EU) VO 575/2013)	20
11. Inanspruchnahme von ECAI (Art. 444 (EU) VO 575/2013).....	20
12. Marktrisiko (Art. 445 (EU) VO 575/2013).....	21
13. Operationelles Risiko (Art. 446 (EU) VO 575/2013)	22
14. Risiken aus nicht im Handelsbuch enthaltenen Beteiligungen (Art. 447 (EU) VO 575/2013) .	22
15. Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 (EU) VO 575/2013).....	22
16. Risiko aus Verbriefungspositionen (Art. 449 (EU) VO 575/2013)	23
17. Vergütungspolitik (Art. 450 (EU) VO 575/2013).....	23
18. Verschuldung (Art. 451 (EU) VO 575/2013)	24
19. Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 (EU) VO 575/2013).....	24

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: „Abstimmung aufsichtsrechtlicher Kapitalposten mit relevanten Bilanzposten"	11
Tabelle 2: „Bestandteile des Risikodeckungspotenzials der BB-RLP“	12
Tabelle 3: „Abzugsposten des Risikodeckungspotenzials der BB-RLP“	12
Tabelle 4: „Eigenmittelanforderungen Art. 438 (EU) VO 575/2013"	13
Tabelle 5: „Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten"	15
Tabelle 6: „Durchschnittsbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen"	16
Tabelle 7: „Geografische Aufteilung der wesentlichen Risikopositionen nach wichtigen Gebieten"	17
Tabelle 8: „Verteilung der Risikopositionen auf Wirtschaftszweige vor Einzelrückstellungen"	17
Tabelle 9: „Vertragliche Restlaufzeiten vor Einzelrückstellungen"	18
Tabelle 10: „Bemerkenswerte Engagements mit Einzelrückstellung nach Wirtschaftszweigen“	19
Tabelle 11: „Entwicklung der Kreditrisikoanpassung“	19
Tabelle 12: „Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderung“	20
Tabelle 13: „Risikopositionswerte nach Kreditrisikominderung“	21
Tabelle 14: „Fälligkeitsstruktur der ERP-Darlehen“	23
Tabelle 15: „Vergütungsbestandteile“	24
Tabelle 16: „Gesamtbetrag der besicherten Positionswerte (ohne Verbriefung)“	25

1. Einleitung

Die VERORDNUNG (EU) Nr. 575/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (im Folgenden „(EU) VO 575/2013 - CRR“) hat die in § 26a KWG a.F. in Verbindung mit der SolvV geregelten Offenlegungsverpflichtungen ersetzt; die zusätzlichen Angabepflichten des § 26a Abs. 1 KWG (Offenlegungsverpflichtungen von Institutsgruppen) sind für die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH (im Folgenden: Bürgschaftsbank oder BB-RLP) nicht relevant.

Im Folgenden werden die Offenlegungsvorschriften des Teil 8 Titel II und Titel III der (EU) VO 575/2013 umgesetzt, soweit sie einschlägig sind.

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe einer dargestellten Einheit im Zahlenwerk auftreten.

2. Risikomanagementziele und -politik (Art. 435 (EU) VO 575/2013)

2.1. Risikomanagement

Die BB-RLP verfolgt ausschließlich den gemeinnützigen Zweck, die Erhaltung und Gesundung des rheinland-pfälzischen Mittelstandes zu fördern. Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Bürgschaften und Garantien zu Gunsten des rheinland-pfälzischen Mittelstandes. Dazu gehören mittelständische gewerbliche Unternehmen, Angehörige freier Berufe und Unternehmen des Bereichs Land-, Forst-, Ernährungswirtschaft, Fischerei, Aquakultur, erneuerbare Energien und ländliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Diese Aufgabe führt zu einer Geschäftsausrichtung, die nicht ausschließlich am Gewinn, sondern auch an der Erfüllung der im Gesellschaftsvertrag niedergelegten Ziele, insbesondere auch der Arbeitsplatzzerhaltung bzw. -schaffung, orientiert ist.

Ab dem 1. Januar 2016 wurden Unterstützungsleistungen in Bereichen des (Risiko-)Controllings und des Meldewesens auf die TREUWERK REVISION GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen.

Durch die ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten werden weder die Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsbetriebes, noch die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Geschäftsführung, noch Prüfungsrechte oder Kontrollmöglichkeiten der Finanzaufsicht im Sinne des § 25b KWG beeinträchtigt. Die BB-RLP bleibt für die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Die BB-RLP hat zudem eine weitere Ebene „Zentrales Auslagerungsmanagement“ implementiert und die Dokumentation zum Thema Auslagerung umfassend überarbeitet.

Im Rahmen des Auslagerungscontrollings wird aufgrund intern festgelegter quantitativer und qualitativer Kriterien die ordnungsgemäße Leistungserbringung überwacht. Die Messung und Steuerung der sich aus der Auslagerung ergebenden und in der durchgeführten Risikoanalyse explizit beschriebenen operationellen Risiken bilden einen weiteren Schwerpunkt des Auslagerungscontrollings.

Die durch die MaRisk geforderte Risikocontrolling-Funktion wurde ab 01.09.2017 an den Geschäftsführer Herrn Eickhoff (bis zum 31.08.2017 Herr Leif) übertragen. Damit ist die Funktion aufbauorganisatorisch bis einschließlich der Ebene der Geschäftsführung von den Bereichen ge-

trennt, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Zudem ist sie einer ausreichend hohen Führungsebene übertragen.

Die Geschäftsführer legen aufgrund ihrer Gesamtgeschäftsführungsverantwortung im Rahmen des Strategieprozesses die Geschäfts- und Risikostrategie (GRS) in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen fest (jährlich sowie anlassbedingt bei wesentlichen Änderungen interner oder externer Parameter bzw. Rahmenbedingungen). Die GRS bildet den geschäftspolitischen Rahmen für den integralen Ertrags- und Risikosteuerungsprozess.

Aus der Umsetzung der Geschäftsstrategie erwachsen Risiken, deren gezieltes und kontrolliertes Eingehen integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung ist. Hierbei setzt sich die Risikostrategie aus dem Eingehen vertretbarer Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung des Förderauftrages und der Anlage von Liquidität in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Tages- und Termingeldern, Unternehmensanleihen und bestimmten Wertpapieren mit gutem Rating mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Niederlanden und Frankreich zusammen.

Die Leitlinien für die Risikoabsicherung und -minderung sind in der Risikostrategie niedergelegt. Die im Rahmen des Bürgschaftsgeschäfts den Hausbanken gestellten Sicherheiten haften quotall und gleichrangig für die BB-RLP und die Hausbank. Sondersicherheiten für nicht verbürgte Kreditteile dürfen gemäß den allgemeinen Bürgschaftsbedingungen nicht bestellt werden. Die Verwaltung und Verwertung der Sicherheiten erfolgt durch die Hausbanken. Generell erfolgt kein Ansatz und keine Bewertung von Sicherheiten mehr bei der BB-RLP.

Zur Erfüllung des Förderauftrages und Sicherstellung einer angemessenen Risikostruktur der Bürgschaften und Garantien wird ein hoher Wert auf die vorherige Analyse der Zukunftsfähigkeit der Projektfinanzierung gelegt, für die eine Bürgschaft bzw. Garantie übernommen wird. Die Risikosteuerung erfolgt über die für wesentliche Risiken eingerichteten Risikoklassifizierungsverfahren und Limitsysteme. Die mindestens jährliche Überprüfung jeder vergebenen Bürgschaft/Garantie dient einer frühzeitigen Erkennung möglicher Risiken und negativer Entwicklungen.

Über selbstschuldnerische Bürgschaften des Antragstellers, Risikolebensversicherungen und andere Sicherungsinstrumente werden angemessene Sicherheiten zur Risikominderung hereingenommen.

Die BB-RLP setzt die gesetzlichen und aufsichtlichen Vorgaben im Risikomanagementprozess und -system um. Die Risikosteuerungs- und -controllingprozess sowie die entsprechenden Methoden werden regelmäßig sowie bei geänderten Bedingungen überprüft und ggf. angepasst. Im Rahmen einer systematischen, mindestens jährlichen Aufnahme bzw. Aktualisierung der relevanten Risiken erfolgt eine Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe. Die einzelnen Risiken werden den Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Ertragsrisiken und operationelles Risiko zugeordnet. Aus einer Gewichtung der einzelnen Risiken einer Risikokategorie wird eine Einstufung als wesentliches bzw. nicht wesentliches Risiko im Sinne der MaRisk abgeleitet, die wesentlichen Risiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept abgebildet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept umfasst ein System von Messverfahren und Limitierungen aller als wesentlich identifizierten Risiken. Das Gesamtrisiko wird hierbei durch Aggregation der Einzelrisiken ohne Berücksichtigung von risikomindernden Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Risikoarten ermittelt.

Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt anhand der Gegenüberstellung des Risikodeckungspotentials und der ermittelten Risiken. Zusätzlich werden für alle wesentlichen Risikoarten Stress-testberechnungen durchgeführt. Es wird eine Auslastung der vergebenen Einzel-Limite von bis zu

70 % ohne weitere Aktivitäten akzeptiert, bei einer Auslastung ab 70 % wird die Entwicklung der entsprechenden Risikoart beobachtet und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet. Die Überwachungsgrenzen in Bezug auf das Gesamtlimit liegen jeweils um 10 % unter den Einzellimiten.

Die BB-RLP hat folgende Risikoarten als wesentlich nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) eingestuft:

- Kreditrisiko (Adressenausfallrisiken inkl. Migrationsrisiken)
- Marktpreisrisiken
- Operationellen Risiken (betriebliche und rechtliche Risiken sowie Informationssicherheitsrisiken / Cyberrisiken)
- Ertragsrisiken
- Liquiditätsrisiken im engeren Sinne

Die Verantwortung für die Identifikation der wesentlichen Risiken mittels des Kriterienkatalogs (Risikoinventur) liegt bei der Geschäftsführung. Dabei wird zwischen den einzelnen Risikoarten unterschieden. Die Risikoinventur erfolgt mindestens jährlich.

Die Risikoberichterstattung enthält aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten das Gesamtrisiko, das durch Aggregation der Einzelrisiken ermittelt wird. Durch die angefertigten regelmäßigen und anlassbezogenen Berichte und Informationen werden im Wesentlichen

- die Sicherstellung ausreichender Risikotragfähigkeit im normalen Geschäftsverlauf (Normal-Case Szenario) und unter angespannten bzw. extremen und außergewöhnlichen Bedingungen in zwei Szenarien (Stress I-Case / Stress II-Case),
- die Auswirkungen besonders risikorelevanter Sachverhalte (Ad-Hoc-Berichterstattung)

angemessen und wirksam überwacht und gesteuert.

Anhand der Risikoberichterstattung erörtert die Geschäftsführung vierteljährlich die Gesamt-Risiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Handlungsbedarf zur weiteren Risikosteuerung besteht. Der Risikobericht wird quartalsweise auch dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben und, sofern erforderlich, mit ihm erörtert.

a Kreditrisiko (Adressenausfallrisiken inkl. Migrationsrisiken)

Das Kreditrisiko wird als das Risiko des Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners verstanden. Unter Kreditrisiken werden insbesondere die Adressenausfallrisiken (inkl. Migrationsrisiken) verstanden. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang nachkommen kann und hieraus für die BB-RLP ein Verlust entsteht. Das Migrationsrisiko wird als Teilbereich des Adressenausfallrisikos erfasst und stellt die Gefahr der Migration in eine schlechtere Ratingklasse oder Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeit dar.

Die Adressenausfallrisiken liegen bei der BB-RLP im jeweiligen, nicht durch Rückbürgschaften abgedeckten Eigenobligo des Bürgschafts- und Garantiegeschäfts sowie in Bezug auf die von der BB-RLP getätigten Termingeldanlagen und Wertpapieren als Emittentenrisiko vor. Ebenso

kann ein Adressenausfallrisiko in der Anlage täglich fälliger Gelder bei Kreditinstituten bestehen.

Zur Beurteilung der Kreditrisiken im Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird das Adressenausfallrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung mithilfe einer aus historischen Betrachtungen abgeleiteten Durchschnittsquote (Verhältnis der Netto-Rückstellungszuführung zu dem Eigenrisiko des Bestandes zum 31.12. der vergangenen fünf Jahre) ermittelt. Die Plausibilisierung erfolgt anhand der sich aus dem VDB-Rating ergebenden Ausfallwahrscheinlichkeiten für den Bestand bzw. anhand der sich aus dem VDB-Rating ergebenden Ausfallwahrscheinlichkeiten für den Bestand bei einem PD-Shift. Bei den Termingeldanlagen und Wertpapieren wird das Kreditrisiko aus den externen Risikoklassifizierungsverfahren (Moody's und Fitch) abgeleitet. Diese Verfahren dienen dem Zweck, die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen.

b Marktpreisisiko

Die BB-RLP definiert Marktpreisisiken als das Risiko finanzieller Verluste aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Faktoren. Hierunter fallen insbesondere Zinsänderungsrisiken und Risiken aus der Kurswertänderung von Wertpapieren. Währungsrisiken sowie Risiken aus Warengeschäften können für die BB-RLP nicht entstehen, da die Geschäftsstrategie der BB-RLP entsprechende Geschäfte nicht umfasst.

Eigenhandelsaktivitäten zur Erzielung kurzfristiger Gewinne aus Marktpreisänderungen finden nicht statt. Marktpreisisiken bestehen daher nur in sehr eingeschränktem Umfang aus der Anlage von Liquidität und umfassen im Geschäftsjahr 2017 ausschließlich Zinsänderungsrisiken sowie Kurswertänderungen von Wertpapieren.

Die Zinsänderungsrisiken als wesentliches Marktpreisisiko stellen das Risiko einer durch Marktzinsänderungen induzierten Verringerung der zukünftigen Zinsmarge dar.

Gemäß der Risikostrategie sind für die BB-RLP geringe Zinsänderungsrisiken vorhanden. Die erworbenen Wertpapiere werden dem Anlagevermögen zugeordnet und grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten (Buy-and-Hold-Strategie); damit ist derzeit grundsätzlich kein Kursänderungsrisiko aus den Anlagen erkennbar. Durch Zinsänderungen (rückläufige Zinsen) am Kapitalmarkt sinken die zukünftig im Rahmen der Wiederanlage erzielbaren Zinserträge der im Bestand geführten Eigenanlagen. Der durch das Zinsergebnis induzierte Ergebnisbeitrag kann dadurch sinken. Durch die Anlage der notwendigen Liquiditätsreserve im Tages- und Termingeldbereich sowie auf laufenden Konten wird ein vorzeitiger Verkauf festverzinslicher Anleihen vermieden. Dabei unterliegen Tagesgelder nur minimalen Zinsschwankungen. Die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken erfolgt in der Risikotragfähigkeitsberechnung in Ableitung von der Zinsablaufbilanz für die nächsten 12 Monate unter Zugrundelegung der Zinsveränderungen für einen vorgegebenen Zinsshift je Szenario der Risikotragfähigkeit.

c Ertragsrisiken

Das Ertragsrisiko beschreibt die Gefahr einer (negativen) Abweichung zwischen den geplanten und den tatsächlichen Erträgen und Aufwendungen, soweit diese nicht bereits durch andere Risikoarten, wie dem Kreditrisiko und dem Marktpreisisiko, abgedeckt sind. Das Ertragsrisiko setzt sich aus dem Kostenrisiko, Vertriebsrisiko und Provisionsrisiko zusammen.

Das Kostenrisiko beschreibt alle Aufwendungen wegen ungeplanter Kosten, die nicht durch Schadensfälle infolge der Realisation operationeller Risiken bedingt sind.

Im Bürgschafts- und Garantiegeschäft entsteht das Vertriebsrisiko aus dem Sachverhalt, dass sich Erträge aus Neuverträgen, in Abhängigkeit von der Geschäftsentwicklung, nicht in der geplanten Höhe realisieren lassen. Das Vertriebsrisiko beinhaltet auch das Produkt- und Neuproduktisiko.

Das Provisionsrisiko beschreibt Risiken, dass im Provisionsgeschäft geringere als geplante Einnahmen aus bestehendem provisions- und gebührenpflichtigem Bürgschafts- und Garantiegeschäft in Abhängigkeit von unerwarteten Veränderungen des Geschäftsumfelds bzw. vorzeitigen Rückgaben von Bürgschaftsurkunden resultieren.

Da das Ertragsrisiko nicht zweckmäßig limitiert werden kann, wird es in der Risikotragfähigkeitsberechnung durch einen pauschalen Abzug eines Risikobetrags im Rahmen der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt.

d Operationelles Risiko

Unter operationellem Risiko wird die Gefahr von direkten und indirekten Schäden, die insbesondere infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur (betriebliche Systeme), interner Verfahren (Prozesse), von Mitarbeitern, Dienstleistern oder infolge externer Einflüsse eintreten können, verstanden. Dieses Risiko wird unterteilt in rechtliche Risiken, betriebliche Risiken, das Reputationsrisiko sowie vor dem Hintergrund inzwischen deutlich gewachsenen Bedeutung der IT-Risiken die Informationssicherheitsrisiken / Cyberrisiken. Die Berechnung der operationellen Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsermittlung erfolgt in Anlehnung an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz nach CRR.

Die Berechnung des Anrechnungsbetrags erfolgt für Zwecke der Eigenmittelmeldung ebenfalls auf Basis des maßgeblichen Indikators nach Artikel 316 (EU) VO 575/2013 mit 15% des 3-Jahresdurchschnitts des relevanten Indikators, wobei negative Werte bei der Durchschnittsbildung nicht berücksichtigt werden.

Die Plausibilisierung erfolgt anhand der Schadensdatenbank sowie der durch die BB-RLP hypothetisch ermittelten Schadensfälle. Das operationelle Risiko wird zusätzlich durch den Abschluss entsprechender Versicherungen gemindert.

Da bei der Berechnung auf Grundlage des Basisindikatoransatzes keine zweckmäßige Limitierung möglich ist, erfolgt ein Abzug des Risikos im Rahmen der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials.

e Liquiditätsrisiko im engeren Sinne

Als Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme durch Hausbanken nach dem Ausfall von Bürgschaftsengagements.

Aufgrund des limitierten Geschäftszwecks ergeben sich Liquiditätserfordernisse ausschließlich bei der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen. Liquiditätsrisiken treten mithin als Folge des Kreditrisikos auf.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch Erstellung von Liquiditätsübersichten für das laufende und folgende Geschäftsjahr. Hierin werden sämtliche vorhersehbaren Ein- und Auszahlungen berücksichtigt. Für mögliche Abschlags- und Ausfallzahlungen wird darüber hinaus eine Liquiditätsreserve in Form von Tages- oder Termingeldanlagen sowie auf laufenden Konten vorgehalten, die mind. 5% des Eigenobligos des Gewährleistungsbestands ausmacht.

Da dieses Liquiditätsrisiko im engeren Sinne nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial zu begrenzen ist, erfolgt keine Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsberechnung.

2.2. Erklärung der Geschäftsführung (konzise Risikoerklärung)

Zusammenfassend hält die Geschäftsführung das eingerichtete Risikomanagementverfahren nach dem Risikoprofil und der Risikostrategie für angemessen. Das Risikoprofil hat folgende Risiken und Risikoschwerpunkte ergeben:

- Adressenausfallrisiken im Bürgschafts- und Garantiegeschäft: Es wurden in 2017 insgesamt 97 Verträge mit einem Volumen von 15,882 Mio. Euro geschlossen. Klumpenrisiken bestehen nicht. Zum 31.12.2017 wurden ca. 66,2 % des Eigenrisikos der BB-RLP den Ratingklassen 1-6, also einer Ausfallwahrscheinlichkeit bis zu maximal 4,41 %, zugeordnet. Das für das Kreditrisiko insgesamt vorgegebene Risikolimit von TEUR 11.630 war zum Bilanzstichtag mit TEUR 1.383 ausgelastet, es kam zu keiner Überschreitung des Limits in 2017.
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken): Das Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiken), das insbesondere aus der Anlage in festverzinslichen Wertpapieren des Euroraumes resultiert, stellt mit einer Auslastung von 28,25 % bei einem Limit von TEUR 499 ein vertretbares Risiko dar.
- Operationelle Risiken: In die Schadenfalldatenbank wurden im Geschäftsjahr 2017 keine wesentlichen Schäden erfasst, insgesamt sind keine potentiellen Schäden in der Schadenfalldatenbank enthalten. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurden die operationellen Risiken bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials zum 31.12.2017 mit TEUR 282 berücksichtigt.
- Liquiditätsrisiken: Zum 31.12.2017 betrug die Liquiditätsreserve T€ 4.448 und macht 9% vom Eigenobligo des Gewährleistungsbestandes aus. Im Berichtszeitraum wurde die Mindestgrenze von 5% jederzeit eingehalten. Vor dem Hintergrund der jederzeitigen Möglichkeit der Mittelbeschaffung sind aus heutiger Sicht keine kritischen Liquiditätsengpässe zu erwarten. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV zum 30.11.2017 lag im Laufzeitband 1 bei 1,47 sowie zum 31.12.2017 bei 3,04 und damit über der Mindestkennziffer von 1,0. Zum 30.11.2017 war die Kennziffer deswegen so niedrig, da zum 31.12.2017 die Rückzahlungen an die KfW fällig waren.
- Ertragsrisiken: Die BB-RLP hat vor dem Hintergrund der hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgebliebenen Entwicklung des Geschäftsjahres 2017 zusätzlich zu der Normal-Case-Ertragsplanung eine Worst-Case-Ertragsplanung für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 erstellt. Die Worst-Case-Planung soll dabei zu Zwecken des Risikomanagements bis auf weiteres steuerungsrelevant sein. Zum 31.12.2017 liegen die tatsächlichen Neuausreichungen um 2 % unter den Planungen, die Basis für den aktualisierten Wirtschaftsplan 2017 waren. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurden die Ertragsrisiken bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials zum 31.12.2017 mit TEUR 247 berücksichtigt.
- Insgesamt ergibt sich sowohl für den „Going-Concern-Ansatz“ als auch im daraus zur Plausibilisierung abgeleiteten Liquidationsansatz selbst unter Berücksichtigung von Stressszenarien zum Bilanzstichtag eine deutliche Überdeckung des gesamten Risikopotentials durch das Risikodeckungspotenzial.

Die aufgrund des Förderauftrags benannten Unternehmensziele werden über die vorgenannten Maßnahmen bei Sicherstellung einer risikoorientierten Vergabepolitik erreicht.

2.3. Unternehmensführungsregelungen

Nachfolgend werden die Informationen nach Art. 435 Abs. 2 (EU) VO 575/2013 offen gelegt:

- Im Geschäftsjahr 2017 fand ein Geschäftsführerwechsel statt. Herr Torsten Eickhoff ist seit dem 01.09.2017 als Geschäftsführer der Bürgschaftsbank bestellt. Herr Jürgen Leif schied mit Ablauf des 31.08.2017 aus der Geschäftsführung des Unternehmens aus.
- Beide Geschäftsführer üben zugleich bei der MBG eine Leitungsfunktion aus. Aufsichtsfunktionen in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften werden nicht ausgeübt. Mitglieder des Aufsichtsrates (6 Mitglieder, für die jeweils ein Stellvertreter berufen worden ist) üben in insgesamt 10 Unternehmen eine Aufsichtsfunktion aus. Leitungsfunktionen werden durch 2 Personen des Aufsichtsrates in 2 Unternehmen ausgeübt. Zur Abgrenzung der Leitungs- und Aufsichtsfunktionen wird auf §§ 25c und 25d KWG verwiesen.
- Gemäß Gesellschaftsvertrag der BB-RLP werden die Geschäftsführer durch den Aufsichtsrat bestellt. Er beschließt ebenso die Änderung sowie die Beendigung der Anstellungsverträge und genehmigt die Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung. Die beiden Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten die Gesellschaft.
- Die beiden Geschäftsführer besitzen die fachliche Eignung, insbesondere in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den betreffenden Geschäften sowie Leitungserfahrungen. Es existiert keine explizit schriftlich verfasste Auswahl- und Diversitätsstrategie, faktisch bestehen allerdings eine vollständige Abdeckung der zur Führung der Bank notwendigen tiefen Expertise und langjährige Erfahrung mit verantwortlichen Leitungsfunktionen, insbesondere auch in Bereichen der Wirtschaftsförderung sowie dem Garantiegeschäft. Die Auswahl der Geschäftsführer erfolgte insbesondere unter Beachtung der Vorschriften der §§ 25c, 32 und 33 KWG.
- Die BB-RLP hat gemäß Gesellschaftsvertrag einen Aufsichtsrat zur Überwachung der Geschäftsführung eingerichtet. Die 6 Aufsichtsratsmitglieder werden gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages von folgenden Interessengruppen in den Aufsichtsrat entsendet:
 - Sparkassenverband Rheinland-Pfalz
 - Genossenschaftlicher Bankbereich
 - Investitions- und Strukturbank Rheinland Pfalz (ISB)
 - Handwerkskammern Rheinhessen
 - Privates Bankgewerbe
 - Industrie- und Handelskammern

Die Mitglieder werden entsprechend der im Gesellschaftsvertrag genannten Verteilung von dem jeweiligen Berechtigten für die Dauer von 3 Jahren in den Aufsichtsrat entsandt. Innerhalb dieser Zeit ausscheidende Mitglieder werden durch die betreffende Gesellschaftergruppe für den Rest der jeweils laufenden Periode bestellt. Die Aufsichtsratsmitglieder verfügen aufgrund ihrer jeweiligen Tätigkeit in ihrer Gesamtheit über langjährige Erfahrungen im Bankenbereich sowie ausgeprägte betriebswirtschaftliche Kompetenzen. Sie werden regelmäßig zu einzelnen Themen mit Relevanz für die Bank geschult. Eine explizite Diversitätsstrategie gibt es aufgrund der schon im Gesellschaftsvertrag verankerten Vorgaben zur Diversität nicht.

- Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 21. Februar 2014 beschlossen, keinen Risikoausschuss zu bilden. Die Entscheidung wurde in der Sitzung am 01. Dezember 2017 erneuert. Die Entscheidung wurde vor dem Hintergrund von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit getroffen.

- Das Risikocontrolling informiert die Geschäftsführung turnusmäßig quartalsweise über die Risikolage des Instituts. In den ebenfalls quartalsweisen stattfindenden Aufsichtsratssitzungen werden risikorelevante Aspekte regelmäßig besprochen, wobei der Risikobericht den Mitgliedern des Kontrollgremiums bereits vorab zur Verfügung gestellt wird.

3. Grundlegende Informationen nach Art. 436 (EU) VO 575/2013

Die BB-RLP ist meldepflichtiges Institut im Sinne der (EU) VO 575/2013.

4. Eigenmittel (Artikel 437 (EU) VO 575/2013)

Die Eigenmittel werden auf Basis der HGB-Rechnungslegung bestimmt. Die BB-RLP verfügt über Eigenmittel in Höhe von TEUR 19.784, die sich ausschließlich aus Kernkapital zusammensetzen. Das Kernkapital steht der Gesellschaft unbefristet zur Verfügung.

Eine detaillierte Darstellung entsprechend der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission vom 20. Dezember 2013 ist in Anlage 1 enthalten.

Die Zusammenfassung der Eigenmittel und Eigenmittelquoten nach der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission vom 20. Dezember 2013 ist in Anlage 2 enthalten.

Die in der CRR geforderte vollständige Abstimmung der aufsichtsrechtlichen Kapitalposten mit den relevanten Bilanzposten ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Handelsbilanz zum 31.12.2017		Überleitung		Eigenmittel zum Meldestichtag		
Passivposten	Bilanzwert			Hartes Kernkapital	Zusätzliches Kernkapital	Ergänzungskapital
	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro
1.1. Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.700.000,00	-2.100.000,00	Zuweisung 2017	3.600.000,00		
1.2. Eigenkapital	16.604.794,45			16.525.342,55		
davon: gezeichnetes Kapital	10.357.643,00			10.357.643,00		
davon: Kapitalrücklage	5.062.546,63			5.062.546,63		
davon: Einbehaltene Gewinne	1.184.604,82	-79.451,90	Gewinnzuweisung 2017	1.105.152,92		
Sonstige Überleitungsrechnungen						
	Immaterielle Vermögensgegenstände			-341.003,54		
Gesamt				19.784.339,01		

Tabelle 1: „Abstimmung aufsichtsrechtlicher Kapitalposten mit relevanten Bilanzposten“

5. Eigenmittelanforderung (Art. 438 (EU) VO 575/2013)

5.1. Angemessenheit des internen Kapitals zur Unterlegung von Risiken

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept stellt der ökonomischen Risikodeckungsmasse die eingegangenen Risiken gegenüber.

Auf Basis der von der Geschäftsführung beschlossenen und vom Aufsichtsrat gebilligten strategischen Ausrichtung der Bank wird die Geschäfts- und Risikostrategie jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Aufbauend auf den Rahmenbedingungen wird jährlich ein Wirtschaftsplan erstellt. Der auf der Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufbauende Kapitalplanungsprozess beleuchtet die Kapitalausstattung für die nachfolgenden 2 Jahre.

Die Sicherung der Risikotragfähigkeit ist wesentlicher Bestandteil der Risikosteuerung. Von zentraler Bedeutung hierbei ist die ermittelte Risikodeckungsmasse (abgeleitet nach aus dem Rechnungslegungsrahmen nach HGB).

Das vorhandene Risikodeckungspotenzial der BB-RLP bildet bei einer GuV- / bilanzorientierten Sichtweise die Basis zur Limitierung der einzelnen Risikoarten.

Das Risikodeckungspotenzial der BB-RLP setzt sich unter der Going-Concern-Annahme und der rollierenden 12-Monats-Betrachtungsweise aus folgenden Bestandteilen zusammen:

Bestandteile des Risikodeckungspotenzials	
	Gezeichnetes Kapital 31.12.
+	Kapitalrücklage zum 31.12.
+	Gewinnrücklage 31.12.
+	Reserven nach 340g HGB
+	Bilanzgewinn Vorjahre
-	Bis zum Stichtag im laufenden Jahr bereits erwirtschaftete Verluste (-)
+	Planergebnis 12 Monate rollierend (vor Bewertung / vor Steuern)

Tabelle 2: „Bestandteile des Risikodeckungspotenzials der BB-RLP“

Die unterjährig aufgelaufenen Gewinne werden aus Vorsichtsgründen und aufgrund der Art der Geschäftstätigkeit nicht in das Risikodeckungspotenzial einbezogen. Die unterjährig bis zum Stichtag im laufenden Jahr bereits erwirtschafteten Verluste werden im Gegensatz dazu sofort zum Stichtag in Abzug gebracht.

In der folgenden Übersicht werden die Abzugsposten des Risikodeckungspotenzials zusammenfassend dargestellt:

Abzugsposten des Risikodeckungspotenzials	
Zum Stichtag höherer Wert aus	
-	Mindesteigenkapital nach Rückbürgschaftsvereinbarung
-	Mindesteigenkapitalanforderungen nach CRR inkl. Kapitalpuffer
Wachstum der Mindesteigenkapitalanforderungen im Betrachtungszeitraum	
Immaterielle Vermögenswerte	
Überhang stiller Lasten über die stillen Reserven aus Wertpapieren zum jeweiligen Stichtag	
Risikopuffer für operationelle Risiken	
Risikopuffer für Ertragsrisiken	
Zusätzlicher Risikopuffer (Risikoneigung)	

Tabelle 3: „Abzugsposten des Risikodeckungspotenzials der BB-RLP“

Aus der Risikodeckungsmasse werden Limite für die einzelnen Risikoarten (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko, Liquiditätsrisiko, Ertragsrisiko) abgeleitet. Maßgeblich ist dabei der Risikokapitalbedarf der einzelnen Risikoarten.

Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine Betrachtung der Risikoarten, die nach den unter 2.1. „Risikomanagement“ genannten Methoden berechnet werden.

Die ökonomische Risikotragfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.2. Quantitative Angaben zu Eigenmittelanforderungen

Zur Ermittlung der angemessenen Eigenkapitaldeckung von Risikopositionen wird für Kreditrisiken der Standardansatz gemäß Teil 3 Titel II Kapitel 2 der (EU) VO 575/2013 angewendet.

Risiken aus Verbriefungen sowie Marktpreisrisiken aus Handelspositionen bestehen nicht.

Die Eigenmittelanforderungen sind in folgender Tabelle dargestellt:

Kreditrisiko	8 % des risikogewichteten Positionsbetrags in TEUR
Risikopositionen	
- Zentralstaaten und Zentralbanken	-
- regionale und lokale Gebietskörperschaften	-
- öffentliche Stellen	-
- multilaterale Entwicklungsbanken	-
- internationale Organisationen	-
- Institute	302
- Unternehmen	4.066
- Mengengeschäft	-
- durch Immobilien besicherte Positionen	-
- Ausgefallene Risikopositionen	229
- mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	-
- Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	28
- Verbriefungspositionen	-
- Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-
- Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen	-
- Beteiligungspositionen	1
- sonstige Posten	8
operationelle Risiken	Eigenmittelanforderung
- Basisindikatoransatz nach Teil 3 Titel III Kapitel 2 (EU) VO 575/2013	685
Gesamt	5.319

Tabelle 4: „Eigenmittelanforderungen Art. 438 (EU) VO 575/2013“

Die Eigenmittelanforderung von 5,75 % bei der harten Kernkapitalquote inkl. Kapitalerhaltungspuffer wurde mit 29,76 % eingehalten. Die Kernkapitalquote in Höhe von 7,25 % wurde mit 29,76 % eingehalten. Darüber hinaus wurde die Gesamtkapitalquote in Höhe von 9,25 % inkl. Kapitalerhaltungspuffer mit 29,76 % zum Bilanzstichtag 31.12.2017 eingehalten. Auch zu den unterjährigen Meldestichtagen waren die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen erfüllt.

6. Gegenparteiausfallrisiko (Art. 439 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP schließt entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie grundsätzlich keine Zins-, Währungs- oder anderen derivativen Geschäfte ab.

7. Kapitalpuffer (Art. 440 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP hat keine Informationen gemäß Art. 440 (EU) VO 575/2013 offenzulegen, da die BB-RLP von der Anwendung der Vorschriften für antizyklische Kapitalpuffer gem. § 2 Abs. 9c KWG ausgenommen ist.

8. Indikatoren der globalen Systemrelevanz (Art. 441 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP hat keine Informationen gemäß Art. 441 (EU) VO 575/2013 offenzulegen, da BB-RLP nicht als systemrelevantes Institut eingestuft ist.

9. Kreditrisikoanpassungen (Art. 442 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP stuft Schuldner bei Eintritt bestimmter Ereignisse als „überfällig“ bzw. als „wertgemindert“ (notleidend) ein. Überfällig ist ein Kunde, sofern er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur verspätet gegenüber der Bank nachkommt, aber noch nicht als „ausgefallen“ gilt. Als wertgemindert wird ein Kunde angesehen, sofern er seinen Verpflichtungen, den Kapitaleinsatz zu leisten, nachhaltig nicht mehr nachkommen kann, mit VDB-Risikoklasse 10 und schlechter geratet ist oder Anzeichen für eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Ausfallgefährdung vorliegen.

Es werden für Risiken aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft im Jahresabschluss Einzel- und Pauschalrückstellungen gebildet. Einzelrückstellungen werden in der Regel gebildet, sofern die in den Organisationsrichtlinien definierten Indikatoren für eine signifikante Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, wie

- Informationen der Hausbank über Scheck-/Lastschriftrückgaben oder Kontenpfändungen,
- Vertragskündigungen durch Lieferanten / Hausbanken oder sonstige Finanzierer,
- Informationen zu Problemen mit Produkten / Kunden / Abnehmern,
- Abgabe in Intensiv-/ Abwicklungsabteilungen anderer Finanzierer,
- Beauftragung von Sanierungsgutachten sowie erhebliche Planverfehlungen,
- erhebliche Verschlechterung der Ertrags- und/oder Kapitalsituation,
- Problemen mit der Liquidität oder der Kapitaleinsatzfähigkeit (dokumentiert bspw. durch Aussetzungs- oder Stundungsanträge) sowie
- Anträge auf (Teil-) Verzichte,

vorliegen. Die Höhe der Einzelrückstellung richtet sich nach der Bürgschafts-/Garantiehöhe nach Abzug von Rückbürgschaften und -garantien sowie ggf. bereits realisierten Sicherheitenerlösen, von der Hausbank geltend gemachten rückständigen Zinsen und sonstigen Nebenleistungen. Sie entspricht in der Regel dem verbleibenden Eigenrisiko unter Berücksichtigung eines Risikozuschlags.

Auflösungen von Einzelrückstellungen werden bei Verminderung des Eigenobligos durch Tilgungszahlungen der Kreditnehmer oder bei Rückflüssen aus der Sicherheitenverwertung gebucht. Des Weiteren kann eine signifikante Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Kreditnehmers zur Auflösung der gebildeten Risikovorsorge führen.

Für bilanzielle Forderungen waren zum 31.12.2017 geringfügige Einzelwertberichtigungen zu bilden.

Neben der Einzelrisikovorsorge werden Rückstellungen aus Pauschalrisiken in Höhe von 3 % des Eigenrisikos für nicht durch Einzelrückstellungen abgedeckte latente Ausfallrisiken gebildet. Für überfällige ausstehende bilanzielle Forderungen werden Einzelwertberichtigungen gebildet, die nach der gleichen Systematik wie die Einzelrückstellungen ermittelt werden.

Das Bruttokreditvolumen vor Berücksichtigung von Kreditrisikominderungstechniken setzt sich zum Stichtag 31.12.2017 wie folgt zusammen:

	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere	Derivative Instrumente
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
Gesamtes Bruttokreditvolumen	158.019	30.736	0

Tabelle 5: „Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten“

Der nach Risikopositionsklassen aufgeteilte Gesamtbetrag der Risikopositionen wurde nach Rechnungslegungsaufrechnung und vor Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken ermittelt und ist in folgender Tabelle dargestellt. Die Berechnung der Durchschnittswerte erfolgte für das Geschäftsjahr 2017 anhand der jeweiligen Quartalswerte zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September sowie 31. Dezember des laufenden Geschäftsjahres.

Risikopositionen	Positionsbetrag zum 31.12.2017 in TEUR	Durchschnittlicher Positionsbetrag in TEUR
Risikopositionsklassen		
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0
regionale und lokale Gebietskörperschaften	3.837	3.879
öffentliche Stellen	725	716
multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
internationale Organisationen	0	0
Institute	18.868	21.766
Unternehmen	122.445	134.544
Mengengeschäft	0	0
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0	0
Ausgefallene Risikopositionen	29.285	27.513
mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	0	0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	3.558	2.822
Verbriefungspositionen	0	0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen	0	0
Beteiligungspositionen	11	11
sonstige Posten	94	88
Gesamt	178.822	191.339

Tabelle 6: „Durchschnittsbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen“

Das Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags auf kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz beschränkt. Wertpapieranlagen dürfen im Wesentlichen nur in Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten, Pfandbriefen von Banken und Unternehmensanleihen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden und Frankreich getätigt werden. Als Anleihe eines Unternehmens mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland gilt auch eine Unternehmensanleihe, die von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland begeben wurde und von dem Mutterkonzern mit Sitz in Deutschland garantiert wird. Darüber hinaus können Tages- und Termingeldanlagen bei gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland (Bankentitel) getätigt werden.

Aufgrund der regionalen Beschränkung im Bürgschafts- und Garantiegeschäft finden sich in der folgenden Tabelle ausschließlich die Wertpapieranlagen nach geografischen Gebieten und aufgeteilt nach wesentlichen Risikopositionen:

Positionsbetrag nach geografischen Gebieten in TEUR		
Risikopositionen	Gebiet	
	Deutschland	Niederlande
- regionale und lokale Gebietskörperschaften	3.837	0
- öffentliche Stellen	725	0
- Institute	13.006	0
- Unternehmen	7.068	6.541
- Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	3.558	0
Gesamt	28.195	6.541

Tabelle 7: „Geografische Aufteilung der wesentlichen Risikopositionen nach wichtigen Gebieten“

Die Aufteilung der Risikopositionen auf Wirtschaftszweige vor der Bildung von Einzelrückstellungen stellt sich wie folgt dar:

Schuldnergruppe Risikopositionen	Arten von Wirtschaftszweigen in TEUR										
	Dienstleistung	Handel	Freie Berufe	Handwerk	Hotels und Gaststätten	Industrie	sonst. Gewerbe	Landwirtschaft	Verkehr	Informationswirtschaft	Sonstige
Zentralstaaten und Zentralbanken											0
regionale und lokale Gebietskörperschaften											3.837
öffentliche Stellen											725
Institute											18.868
Unternehmen	11.089	22.886	8.204	22.729	11.272	27.166	239	878	2.761	1.367	13.853
Mengengeschäft											0
Ausgefallene Risikopositionen	7.034	6.512	1.321	7.241	5.045	11.057	0	341	280	344	136
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen											3.558
Beteiligungspostionen											11
sonstige Posten											94
Gesamt	18.123	29.398	9.525	29.970	16.317	38.223	239	1.219	3.042	1.711	41.081

Tabelle 8: „Verteilung der Risikopositionen auf Wirtschaftszweige vor Einzelrückstellungen“

Die Risikopositionen vor der Bildung von Einzelrückstellungen verteilen sich nach vertraglichen Restlaufzeiten wie folgt:

Restlaufzeiten TEUR				
Risikopositionen	Restlaufzeit	< 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre
regionale und lokale Gebietskörperschaften		2.482	1.355	0
öffentliche Stellen		0	725	0
Institute		8.867	3.016	6.984
Unternehmen		5.723	33.264	83.458
Ausgefallene Risikopositionen		2.404	7.546	29.361
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen		0	3.558	0
Beteiligungspositionen		0	0	11
sonstige Posten		0	0	94
Gesamt		19.476	49.465	119.908

Tabelle 9: „Vertragliche Restlaufzeiten vor Einzelrückstellungen“

Die notleidenden und überfälligen Risikopositionen befinden sich ausschließlich in Deutschland und sind auf das Bürgschafts- und Garantiegeschäft beschränkt.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Bestandsgliederung der Risikovorsorge nach wesentlichen Wirtschaftszweigen sowie die Entwicklung der Risikovorsorge im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Feststellung des Jahresabschlusses dar:

Wirtschaftszweig	Ausgefallene Positionen (vor Risikovorsorge)	ERst	Bestand Pauschalrückstellung	Nettozuführung von ERst	Direktabschreibung	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
Dienstleistung	7.034	2.146	in Summe	in Summe	in Summe	in Summe
Handel	6.512	1.999
Freie Berufe	1.321	415
Handwerk	7.241	2.439
Hotels und Gaststätten	5.045	1.648
Industrie	11.057	3.569
Landwirtschaft	341	119
Verkehr	280	98
Informationswirtschaft	344	103				
Gesamt	39.175	12.538	1.111	-113	12	360

Tabelle 10: „Bemerkenswerte Engagements mit Einzelrückstellung nach Wirtschaftszweigen“

	Anfangsbestand per 01.01.2017	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2017
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
nominale Einzelrückstellung	13.199	2.511	2.624	548	12.538
./. bilanzielle Auf-/Abzinsung	471				539
bilanzielle Einzelrückstellung	12.727				11.998
nominale Pauschalrückstellung	1.272	21	181	0	1.111
./. bilanzielle Auf-/Abzinsung	29				49
bilanzielle Pauschalrückstellung	1.243				1.062

Tabelle 11: „Entwicklung der Kreditrisikoanpassung“

10. Unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 (EU) VO 575/2013)

In der Bilanz zum 31.12.2017 sind keine belasteten Aktiva enthalten, somit sind sämtliche Vermögenswerte unbelastet.

11. Inanspruchnahme von ECAI (Art. 444 (EU) VO 575/2013)

Für die Beurteilung der Bonität im Standardansatz wurde für die Forderungsklasse, sofern zulässig, das externe Rating der jeweiligen Zentralstaaten der Ratingagentur Standard & Poor's herangezogen.

Nachfolgende Tabellen enthalten die jeweilige Summe der Risikopositionswerte, die einem festen aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewicht zugeordnet sind, aufgegliedert nach den genannten Risikopositionen. Für den Standardansatz erfolgt die Darstellung der Risikopositionswerte vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungstechniken:

Risikopositionsklassen vor Kreditrisikominderung	Summe der Risikopositionswerte in TEUR				
	Risikogewicht in %				
	0	10	20	100	150
Zentralstaaten und Zentralbanken					
regionale und lokale Gebietskörperschaften	3.837				
öffentliche Stellen	725				
Institute			18.868		
Unternehmen				122.445	
Ausgefallene Risikopositionen				29.149	136
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen		3.558			
Beteiligungspositionen				11	
sonstige Posten				94	
Gesamt	4.562	3.558	18.868	151.698	136

Tabelle 12: „Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderung“

Die nachfolgende Tabelle gibt die Risikogewichte der Risikopositionsklassen nach Kreditrisikominderung (Berücksichtigung der Rückbürgschaften der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Rheinland-Pfalz sowie der ISB) wieder.

Risikopositionsklassen nach Kreditrisikominderung	Summe der Risikopositionswerte in TEUR				
	Risikogewicht in %				
	0	10	20	100	150
Zentralstaaten und Zentralbanken	58.701				
regionale und lokale Gebietskörperschaften	43.175				
öffentliche Stellen	795				
Institute			18.868		
Unternehmen				50.827	
Ausgefallene Risikopositionen				2.659	136
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen		3.558			
Beteiligungspositionen				11	
sonstige Posten				94	
Gesamt	102.670	3.558	18.868	53.590	136

Tabelle 13: „Risikopositionswerte nach Kreditrisikominderung“

12. Marktrisiko (Art. 445 (EU) VO 575/2013)

Es werden keine Handelsgeschäfte i.S.d. Art. 4 Abs. 1 Nr. 85 der CRR betrieben. Freie liquide Mittel werden gemäß den von der Geschäftsführung erlassenen Anlagerichtlinien in Termin- und Festgeldern und festverzinslichen Wertpapieren bis zur Endfälligkeit angelegt.

Gemäß den Anlagerichtlinien können folgende auf Euro lautende Anlagen getätigt werden:

- Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, eines rechtlich unselbstständigen Sondervermögens der Bundesrepublik Deutschland, eines Bundeslandes oder eines anderen EWU-Mitgliedstaates (Staatsanleihen)
- Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe von Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden und Frankreich (Pfandbriefe)
- Schuldverschreibungen mit pfandbriefähnlicher Deckung von gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden und Frankreich (Bankentitel)
- Schuldverschreibungen und Namenspapiere ohne Pfandbriefdeckung bzw. ohne Pfandbriefähnliche Deckung von gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden und Frankreich (Bankentitel)
- Tages- und Termingeldanlagen bei gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland (Bankentitel)
- Gut bewertete Schuldverschreibungen von Industrie- und Handelsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden und Frankreich (Unternehmensanleihen). Als Anleihe eines Unternehmens mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland gilt auch eine Unter-

nehmensanleihe, die von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland begeben wurde und von dem Mutterkonzern mit Sitz in Deutschland garantiert wird.

Die Werthaltigkeit der Anlageinstrumente ergibt sich durch ein Mindestrating von BBB- (Standard & Poors; Fitch) bzw. Baa3 (Moody's).

Es werden keine Fremdwährungs- oder Warenpositionsrisiken eingegangen. Zum Management der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird auf Kapitel 15 verwiesen.

13. Operationelles Risiko (Art. 446 (EU) VO 575/2013)

Für die Bestimmung des bankaufsichtlichen Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko wird der Basisindikatoransatz angewendet. Zur näheren Erläuterung des Verfahrens wird auf die Ausführungen unter Kapitel 2.1 Risikomanagement hingewiesen.

Die sich aus dem operationellen Risiko ergebenden Eigenmittelanforderungen sind in Kapitel 5.2 quantifiziert.

14. Risiken aus nicht im Handelsbuch enthaltenen Beteiligungen (Art. 447 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP hält zum Stichtag 31.12.2017 eine unwesentliche Beteiligung mit einem Buchwert in Höhe von TEUR 11 im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Verkäufe haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden. Die Anteile sind nicht börsennotiert. Die Bewertung erfolgt unverändert zu Anschaffungskosten nach den Vorschriften des HGB.

15. Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 (EU) VO 575/2013)

Zinsänderungsrisiken sind aufgrund der noch vorrangig festen Refinanzierungsstruktur über Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit relativ niedrigen Zinssätzen von 1,0 % nur in beschränktem Umfang vorhanden. Diese Refinanzierungsstruktur ändert sich aufgrund des Auslaufens des Programms der KfW, die letzten Kredite werden im Jahr 2018 zurückgezahlt. Es werden darüber hinaus Zinsänderungsrisiken eingegangen in Form des Haltens von festverzinslichen Wertpapieren, die dem Anlagebestand zugeordnet sind. Nach den Anlagerichtlinien werden Anlagen im Wesentlichen bis zur Endfälligkeit gehalten. Insgesamt gibt es Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch im Rahmen der Marktpreisrisiken, die als wesentlich im Sinne der MaRisk eingestuft worden sind.

Die Zinsänderungsrisiken werden anhand einer GuV-orientierten Zinsbindungsbilanz überwacht.

Die Fälligkeitsstruktur der ERP-Darlehen stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus ERP-Darlehen	TEUR
Restlaufzeit von	
- bis zu einem Jahr	4.125
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0
- mehr als fünf Jahre	0
Gesamt	4.125

Tabelle 14: „Fälligkeitsstruktur der ERP-Darlehen“

Zur weiteren Reduzierung der Risiken aus Zinsänderungen wird eine fristenkongruente Anlage- und Refinanzierungsstrategie über das gesamte Laufzeitband verfolgt.

16. Risiko aus Verbriefungspositionen (Art. 449 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP führt keine Verbriefungstransaktionen i.S.d. Art. 449 (EU) VO 575/2013 durch.

17. Vergütungspolitik (Art. 450 (EU) VO 575/2013)

Die BB-RLP hat ein Vergütungssystem eingeführt, das den strategischen Zielen der Bank Rechnung trägt; es ist in den Organisationsrichtlinien niedergelegt.

Für die Geschäftsführungsmitglieder legt der Aufsichtsrat alle Vergütungsbestandteile fest, dabei wird jeder Gehaltsbestandteil im Anstellungsvertrag geregelt. Über die Ausgestaltung der Vergütung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidet die Geschäftsleitung. Die Vergütungen der Geschäftsleitung sowie der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden individuell im Arbeitsvertrag geregelt und erfolgen regelmäßig in Form von Festgehältern. Für die Geschäftsleitung werden Sachleistungen in Form von Dienstwagen gewährt.

Garantierte variable Vergütungsbestandteile bestehen nicht, eine Unterscheidung in Mitarbeiter der Kontrolleinheiten und sonstige Mitarbeiter erfolgt aufgrund der im Wesentlichen gezahlten Fixgehälter nicht.

Durch zusätzliche variable Vergütungsvereinbarungen der Geschäftsleiter werden keine schädlichen Anreize zur Eingehung von Risikopositionen gesetzt. Sie sind durch eine angemessene Obergrenze für den variablen Vergütungsanteil an der Gesamtvergütung begrenzt und stellen der Höhe nach im Einzelfall keinen Anreiz dar, Risikopositionen zu begründen, da sie ausnahmslos nicht an Einzelkreditentscheidungen oder sonstige Parameter geknüpft sind, aus denen eine Motivation zur Begründung von Risikopositionen folgt. Maßgebliche Vergütungsparameter sind der Erfolg des Instituts hinsichtlich seiner geschäftspolitischen Ziele und die dazu vereinbarten individuellen Ziele. Die Obergrenze der einzelvertraglichen variablen Bestandteile beträgt 15 % der fixen Vergütung.

Für Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) wurden für das Geschäftsjahr 2017 folgende Vergütungen (inkl. Rückstellungen) gezahlt:

	Leistungen in TEUR	Zahl der Begünstigten
Feste Vergütung	1.262	24
Variable Vergütung	91	21

Tabelle 15: „Vergütungsbestandteile“

Zurückbehaltene Vergütungen bestehen nicht.

Es wurden keine Vergütungen oberhalb von TEUR 1.000 gezahlt.

18. Verschuldung (Art. 451 (EU) VO 575/2013)

Für die BB-RLP gilt die Ausnahmegvorschrift nach § 2 Abs. 9c KWG, die unter anderem von der Anwendung der Artikel 411 bis 430 (EU) VO 575/2013 befreit. Insoweit ist für die Offenlegung der Informationen nach Artikel 451 (EU) VO 575/2013 i.V.m. Artikel 429 (EU) VO 575/2013 nicht einschlägig.

19. Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 (EU) VO 575/2013)

Aufgrund der geschäftspolitischen Konzentration auf das Bundesland Rheinland-Pfalz kommt es auch bei den berücksichtigungsfähigen Sicherungsinstrumenten zu einer geografischen Konzentration der Sicherheiten.

Eine Begrenzung der Risiken im operativen Neugeschäft erfolgt durch die Limitierung von Bürgschaften auf einen Höchstbetrag in der Regel von EUR 1,25 Mio. (abhängig von dem jeweiligen Bürgschaftsprogramm) sowie von Garantien auf einen Betrag von EUR 0,875 Mio. je Risikoeinheit. Rückbürgschaften/Rückgarantien der Bundesrepublik Deutschland und des Landes sichern derzeit maximal 65,0 % der übernommenen Bürgschaften und 70,0 % der Garantien.

Bürgschaften werden, soweit dies möglich ist, über bankübliche Sicherheiten besichert, es handelt sich insbesondere um Grundpfandrechte, persönliche Bürgschaften und Garantien, Guthaben und Wertpapiere, Abtretung von Forderungen und Lebensversicherungen sowie Sicherungsübereignungen. Hier wird die BB-RLP gleichrangig und quotal an den von den Hausbanken im Kreditvertrag mit dem Kunden abgeschlossenen Sicherheiten beteiligt. Die Sicherheiten werden von der Hausbank verwaltet.

Im Bereich der Beteiligungsgarantien werden neben der persönlichen Haftung der Gesellschafter der Beteiligungsnehmerin regelmäßig keine Sicherheiten gestellt. Die Haftungsübernahme wird regelmäßig nicht bewertet.

Einen Überblick über den Gesamtbetrag der besicherten Positionswerte gibt die folgende Tabelle:

Risikopositionen	Positionsbetrag zum 31.12.2017 in TEUR	davon besichert durch:		
		Finanzielle Sicherheiten in TEUR	Sonstige physische Sicherheiten in TEUR*	Garantien und Kreditderivate in TEUR
- Zentralstaaten und Zentralbanken	0	-	-	-
- regionale und lokale Gebietskörperschaften	3.837	-	-	-
- öffentliche Stellen	725	-	-	-
- multilaterale Entwicklungsbanken	0	-	-	-
- internationale Organisationen	0	-	-	-
- Institute	18.868	-	-	-
- Unternehmen	122.445	-	-	71.617
- Mengengeschäft	0	-	-	-
- durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0	-	-	-
- Ausgefallene Risikopositionen	29.285	-	-	26.491
- mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	0	-	-	-
- Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	3.558	-	-	-
- Verbriefungspositionen	0	-	-	-
- Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	-	-	-
- Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen	0	-	-	-
- Beteiligungspositionen	11	-	-	-
- sonstige Posten	94	-	-	-
Gesamt	178.822	-	-	98.108

*) Meint alle übrigen Sicherheiten, die nicht unter finanzielle Sicherheiten oder Garantien/ Kreditderivate zu fassen sind.

Tabelle 16: „Gesamtbetrag der besicherten Positionswerte (ohne Verbriefung)“

Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH
Rheinstraße 4 H
55116 Mainz

Telefon: 06131 62915-5
Telefax: 06131 62915-99
Internet: www.bb-rlp.de

Anhang

Anlage 1: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013

Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente		
1	Emittent	Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH
2	Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN oder Bloomberg-Kennung für Privatplatzierung)	k.A.
3	Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung		
4	CRR-Übergangsregelungen	Hartes Kernkapital
5	CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Hartes Kernkapital
6	Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo
7	Instrumenttyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	GmbH-Anteile
8	Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Währung in Millionen, Stand letzter Meldestichtag)	10,36 Mio. €
9	Nennwert des Instruments	10.357.643,00 €
9a	Ausgabepreis	k.A.
9b	Tilgungspreis	k.A.
10	Rechnungslegungsklassifikation	Passivum - fortgeführter Einstandswert
11	Ursprüngliches Ausgabedatum	02.11.2011
12	Unbefristet oder mit Verfalltermin	unbefristet
13	Ursprünglicher Fälligkeitstermin	k.A.
14	Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	k.A.
15	Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	k.A.
16	Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k.A.
Coupons / Dividenden		
17	Feste oder variable Dividenden-/Couponzahlungen	k.A.
18	Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	k.A.
19	Bestehen eines „Dividenden-Stopps“	k.A.
20a	Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	k.A.
20b	Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	k.A.
21	Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	Nein
22	Nicht kumulativ oder kumulativ	k.A.
23	Wandelbar oder nicht wandelbar	Nicht wandelbar
24	Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k.A.
25	Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k.A.
26	Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k.A.
27	Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k.A.
28	Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k.A.
29	Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k.A.
30	Herabschreibungsmerkmale	Nein
31	Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k.A.
32	Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k.A.
33	Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k.A.
34	Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederschreibung	k.A.
35	Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	k.A.
36	Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	Nein
37	Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k.A.

		(A) BETRAG AM TAG DER OFFENLEGUNG	(B) VERWEIS AUF ARTIKEL IN DER VERORDNUNG (EU) Nr. 575/2013
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen			
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	10.357.643,00	26 (1), 27, 28, 29
	davon: GmbH Anteile	10.357.643,00	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Absatz 3
2	Einbehaltene Gewinne	1.105.152,92	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	5.062.546,63	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	3.600.000,00	26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	0,00	486 (2)
4a	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	0,00	
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	0,00	84
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	0,00	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	20.125.342,55	Summe der Zeilen 1 bis 5a
Hartes Kernkapital (CET1): regulatorische Anpassungen			
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	0,00	34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-341.003,54	36 (1) (b), 37
9	In der EU: leeres Feld		
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (c), 38
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	0,00	33 (1) (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0,00	36 (1) (d), 40, 159
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	0,00	32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	0,00	33 (1) (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (e), 41
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (f), 42
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (g), 44
18	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79

19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79
20	In der EU: leeres Feld		
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1 250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	0,00	36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
		0,00	
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	0,00	48 (1)
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0,00	36 (1) (i), 48 (1) (b)
24	In der EU: leeres Feld		
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	0,00	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a)
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (a)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (l)
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0,00	36 (1) (j)
28	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt	-341.003,54	Summe der Zeilen 7 bis 20a, 21, 22 zuzüglich Zeilen 25a bis 27
29	Hartes Kernkapital (CET1)	19.784.339,01	Zeile 6 abzüglich Zeile 28
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente			
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	0,00	51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	0,00	
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0,00	
33	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0,00	486 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0,00	85, 86
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0,00	486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	0,00	Summe der Zeilen 30, 33 und 34

Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen			
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	0,00	52 (1) (b), 56 (a), 57
38	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0,00	56 (b), 58
39	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	56 (c), 59, 60, 79
40	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	56 (d), 59, 79
41	In der EU: leeres Feld		
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0,00	56 (e)
43	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	0,00	Summe der Zeilen 37 bis 42
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0,00	Zeile 36 abzüglich Zeile 43
45	Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	19.784.339,01	Summe der Zeilen 29 und 44
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	0,00	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft	0,00	486 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0,00	87, 88
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0,00	486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	0,00	62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	0,00	
Ergänzungskapital (T2): regulatorische Anpassungen			
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	0,00	63 (b) (i), 66 (a), 67
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0,00	66 (b), 68
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	66 (c), 69, 70, 79

55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,00	66 (d), 69, 79
56	In der EU: leeres Feld	0,00	
57	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	0,00	Summe der Zeilen 52 bis 56
58	Ergänzungskapital (T2)	0,00	Zeile 51 abzüglich Zeile 57
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	19.784.339,01	Summe der Zeilen 45 und 58
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	66.488.014,67	
Eigenkapitalquoten und -puffer			
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	29,76	92 (2) (a)
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	29,76	92 (2) (b)
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	29,76	92 (2) (c)
64	Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,75	CRD 128, 129, 130, 131, 133
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	1,25	
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	0,00	
67	davon: Systemrisikopuffer	0,00	
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	0,00	
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	25,26	CRD 128
69	[in EU-Verordnung nicht relevant]		
70	[in EU-Verordnung nicht relevant]		
71	[in EU-Verordnung nicht relevant]		
Beträge unter den Schwellenwerten für Abzüge (vor Risikogewichtung)			
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,00	36 (1) (h), 45, 46, 56 (c), 59, 60, 66 (c), 69, 70
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,00	36 (1) (i), 45, 48
74	In der EU: leeres Feld		
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	0,00	36 (1) (c), 38, 48
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital			
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0,00	62

77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	0,00	62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0,00	62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	0,00	62
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2014 bis 1. Januar 2022)			
80	Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,00	484 (3), 486 (2) und (5)
81	Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,00	484 (3), 486 (2) und (5)
82	Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,00	484 (4), 486 (3) und (5)
83	Wegen Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,00	484 (4), 486 (3) und (5)
84	Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,00	484 (5), 486 (4) und (5)
85	Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,00	484 (5), 486 (4) und (5)